

Nach rechts offen: Staat und Sicherheitsbehörden als Teil des Problems

Nordkreuz, Franco Albrecht, NSU 2.0: Seit 2017 sind verschiedene rechtsterroristische Gruppierungen bekannt geworden, deren Mitglieder aus Polizei und Bundeswehr kommen. Die Fälle stehen einerseits in einer Tradition extrem rechter Ideologie und Praxis. Gleichzeitig weisen sie auch neue Aspekte auf, die für Einschätzung und Bekämpfung bedeutsam sind. Damit diese Netzwerke bekämpft werden können, müssen sie begriffen werden. Die Extremismus-Doktrin verstellt jedoch den Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge und trägt so dazu bei, dass rechte Netzwerke gefährlich bleiben.

Kontinuitäten

„Kaum war der Dienst zu Ende, kramten die beiden Unteroffiziere Nazi-Reliquien, Hakenkreuzfahnen, Hitlerbilder und Kriegsplakate aus dem Spind. Dann hoben sie den rechten Arm zum Gruß und schriegen ‚Heil Hitler‘. Nazi-Hymnen wie das Horst-Wessel-Lied tönnten aus dem Band. Weiter ging es mit dem NS-Propagandafilm ‚Jud Süß‘“¹. Die Szene soll sich laut Magazin ‚Der Stern‘ Mitte der 90er Jahre in der Franz-Josef-Strauß-Kaserne in Altenstadt (Bayern) zugetragen haben. Wer sich heute erschrocken zeigt über aktuelle extrem rechte Vorfälle beim Kommando Spezialkräfte (KSK) oder rechte Putschpläne aus Kreisen von Militär und Sicherheitsbehörden, verkennt die lange Tradition rechter Terrorstrukturen, die über Kontakte in Armee und Sicherheitsbehörden verfügen und diese auch nutzen. So bezog der Neonazi Heinz Lembke, der in den 1970er und 1980er Jahren deutsche Rechtsterroristen mit Sprengstoff versorgte und über 30 entsprechende Depots anlegte, einen Teil seiner Waffen und seines Sprengstoffs über einen Kontakt bei der Bundeswehr.² Der Rechtsterrorist Manfred Roeder erhielt sogar ganz legal und unentgeltlich Material von der Bundeswehr und hielt an der Führungsakademie der Bundeswehr einen Vortrag.³

In vielen Fällen konnte der exakte Weg von Explosivstoffen oder Waffen bzw. Munition aus Bundeswehr- oder Armeebeständen in der Vergangenheit nicht nachgezeichnet werden, entweder weil die Sprengsätze vor Ort polizeilich vernichtet wurden, Rückstände aus Asservatenkammern verschwanden oder aber das Verteidigungsministerium keinen Beitrag zur Aufklärung leistete – das hat sich bis heute kaum geändert.⁴ Aber auch das heute unter „Polizeiproblem“ bekannte

¹ Der Stern 51/97 vom 11.12.1997, S. 23.

² Vgl. Tomas Lecorte, „Heinz Lembke: ‚Werwolf‘ oder ‚Gladiator‘?“ S. 13.

³ Vgl. panorama-Beitrag vom 15.01.1998, [https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1997/Minister-
unter-Druck-Neue-Enthuellungen-zum-Bundeswehrskandal,erste6882.html](https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1997/Minister-unter-Druck-Neue-Enthuellungen-zum-Bundeswehrskandal,erste6882.html) (19.10.2020).

⁴ Vgl. Martina Renner, „Herkunft unbekannt“ in „der rechte rand“ Ausgabe 184 Mai / Juni 2020.

Phänomen, dass Polizist*innen mit rechten Äußerungen und Aktivitäten in Erscheinung treten ist nicht neu. In den 1990er Jahren bezeichnete „Republikaner“-Gründer Franz Schönhuber die Partei selbst als „Polizisten-Partei“.⁵ Aus ihren Reihen traten Polizeibeschäftigte offen als Funktionäre und Kandidaten auf, der Zuspruch in den Reihen der Polizei war überdurchschnittlich hoch.⁶ Auch die Organisation in rassistischen militanten Organisationen wie dem europäischen Ableger des rassistischen Ku-Klux-Klan, in dem nachweislich mehrere Beamt*innen aus der Bereitschaftspolizei Böblingen Mitglieder oder Anwärter*innen waren, ist bekannt und durch die Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse dokumentiert.⁷

Trotz dieser Kontinuität von rechten Aktivitäten im Sicherheitsapparat ist das, was wir derzeit an Organisation aus diesen Kreisen für rechte bis rechtsterroristische Vorhaben vorfinden, qualitativ neu.

Konzeptionelle Verschiebung: Putsch aus den Apparaten statt Rassenkrieg

Nach mehr als zwei Jahren journalistischer wie antifaschistischer Recherche und Aufklärung zu den Komplexen um den Soldaten Franco Albrecht, die Gruppierung Nordkreuz, das Kommando-Spezial-Kräfte und den NSU2.0-Zusammenhang wird deutlich, dass wir es mit bundesweiten Netzwerken von Neonazis und Rassisten in den eigentlich für die Sicherheit der Bevölkerung zuständigen Institutionen zu tun haben, die planvoll, klandestin, hoch vernetzt daran gehen, aus dem Apparat heraus und unter Nutzung seiner Möglichkeiten auf einen Tag X des rechten Umsturzes hinzuarbeiten. Dieser Tag X bedeutet nicht nur eine rechte „Machtergreifung“, sondern er ist auch Chiffre für die Vertreibung, Entführung und Ermordung von Minderheiten und politischen Gegner*innen. So auch die Zielsetzung der ‚Gruppe S.‘, die nach ihrem Anführer benannt und im Februar 2020 zum Teil ausgehoben wurde. Zu ihren Mitgliedern zählt der Polizeibeschäftigte Thorsten W. aus Hamm. Darüber hinaus gibt es aber noch weitere Aktive in den Reihen dieser Gruppierung mit Verbindung in Sicherheitsbehörden und Militär, die bisher nicht als Beschuldigte gelten. Zusammen plante man, bürgerkriegsähnliche Zustände durch Angriffe auf Gläubige in Moscheen herbeizuführen. Korrespondierend hierzu sollte es Attentate auf Abgeordnete geben, die für die aus Sicht der Gruppierung verfehlte Politik der Flüchtlingsaufnahme verantwortlich seien.⁸ Beide Elemente, Attentate auf Minderheiten und fanalartiges Vorgehen gegen politische Widersacher*innen auch jenseits der Politik – in Medien, Zivilge-

⁵ Vgl. „Humanes Geschwätz“, in: Der Spiegel 23/1989, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13492952.html> (19.10.2020).

⁶ Vgl. „Republikaner – Partei der Polizisten?“, in CILIP 33, <https://www.cilip.de/1989/08/15/republikaner-partei-der-polizisten/> (19.10.2020).

⁷ Vgl. Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses im Landtag von Baden-Württemberg: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5250_D.pdf S.924ff.

⁸ Vgl. z. B. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/terrorzelle-gruppe-s-105.html> (19.10.2020). <https://www.zeit.de/2020/27/gruppe-s-rechtsextremismus-terrorismus-onlineplattformen-chats>.

sellschaft und Justiz – finden sich auch in den Morddrohungen durch den NSU 2.0. Und auch die bisher eher durch Zufall oder durch Whistleblower aus den Behörden bekannt gewordenen Fälle rechter Chatgruppen in der Polizei oder Bundeswehr weisen Ähnlichkeiten zu den Todesdrohungen auf. ‚Die Zeit‘ enthüllte zum Beispiel eine Chatgruppe von nationalsozialistischen Bundeswehrangehörigen. Darin schrieb ein Reservist über seine Vorbereitungen auf einen bevorstehenden Bürgerkrieg.⁹ Administratorin dieser Chatgruppe war die fränkische rechte Aktivistin Marion G., die zu dem engen Kreis der ‚Gruppe S‘ zählt. In den Chats wurden auch Listen mit potentiellen Anschlagsoffern geteilt. Gefunden wurden solche Listen zum Beispiel im Sommer dieses Jahres bei dem ehemaligen Bundeswehrangehörigen Christian G. aus Niedersachsen.¹⁰

Täter

Die Täter zeichnen sich durch neue Aspekte aus, die sich mit traditionellen Merkmalen rechtsterroristischer Akteure verbinden. Anders als die eingangs beschriebenen Neonazis wie Lembke oder Röder bestehen die Anhänger*innen dieser neuen rechten Putsch-Phantasien darauf, keine „Neonazis“ zu sein und stellen sich in die Tradition der präfaschistischen Freikorps der Weimarer Republik oder der Vertreter des militärischen Widerstands gegen Hitler, wie bspw. Graf von Stauffenberg. Diese Vorstellungswelten korrespondieren mit dem Elitendenken, das in Einheiten wie dem Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr oder den Spezialeinheiten der Polizei gepflegt wird. Hier vermischen sich Selbststilisierung als Auslese, die nicht an die gängigen Regeln und Gesetze gebunden sind, mit der Idee, Einzelne könnten oder müssten „das deutsche Volk“ retten. Diese Idee mündet in einer Art nationalistischer Märtyrer-Vorstellung. Immer wieder ist in der Kommunikation unter Beschuldigten in diversen Rechtsterror-Ermittlungsverfahren zu lesen, sie müssten jetzt vorangehen, auch wenn sie „dabei draufgehen würden.“ Sie seien Krieger in der Tradition der Germanen und würden gemeinsam nach Walhalla gehen. Während dieser Aspekt ein verbindendes Element zu historischen Formen des rechten Terrors der letzten 100 Jahre ist, fällt ins Auge, dass es sich bei den Akteur*innen an nur sehr wenigen Stellen um bekannte und bekennende Neonazis mit entsprechenden Biographien handelt. Im Fall Stephan E., dem mutmaßlichen Mörder des CDU-Politikers Walter Lübcke, handelt es sich beispielsweise um einen klassischen Neonazi-Täter. In den rechten Netzwerken in Polizei und Bundeswehr finden sich solche Täter kaum. Umso häufiger dagegen findet sich eine Nähe zur Alternative für Deutschland.¹¹

⁹ Vgl.: „Soldaten, die den Umsturz planen“ zeitonline vom 23.07.2020, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-07/bundeswehr-rechtsextremismus-chat-hetze-soldaten> (19.10.2020).

¹⁰ Vgl.: „MAD findet Politiker-Liste bei rechtsextremem Bundeswehr-Reservisten“, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article210652753/MAD-findet-Politiker-Liste-bei-rechtsextremem-Bundeswehr-Reservisten.html>, zuletzt abgerufen am 19.10.2020

¹¹ Vgl.: ‚Nordkreuz‘, Rocker, ‚Identitäre Bewegung‘, & Burschenschaftler vereint beim AfD-

Ursachen

Neu ist also an den in den vergangenen Jahren bekannt gewordenen rechten Komplexen in Polizei und Bundeswehr erstens, dass diese Netzwerke nicht nur über einzelne Kontakte in die Apparate verfügen, sondern ihren Schwerpunkt in eben diesen Apparaten haben. Zweitens haben wir es eher selten mit Akteuren zu tun, die überzeugte Neonazis sind.

Die Demokratiefreundschaft von Leuten wie Franco Albrecht oder den Mitgliedern des Nordkreuz-Netzwerkes besteht in einem fundamentalen Rassismus, in einer Ablehnung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze, weil diese nicht den eigenen Vorstellungen eines starken und handlungsfähigen Staates entsprechen, in der Tendenz zur Selbstjustiz und in der Absicht, die gesellschaftliche Eskalation zu einem Bürgerkrieg voranzutreiben: sie sind „besorgte Bürger in Uniform“.¹²

Von den Wortführern des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist diese Entwicklung ideologisch vorbereitet und befördert worden. Im rechten „Compact“-Magazin veröffentlichte dessen Chefredakteur Jürgen Elsässer 2015 einen Aufruf an die deutschen Soldaten, in denen er wenig verkläuselt zur Bildung von Netzwerken mit Putschabsichten aufrief:

„Die Bundesregierung löst durch die Stimulierung eines unkontrollierten Massenzustroms den Staat auf, hebt die staatliche Ordnung aus den Angeln! In dieser Situation kommt es auf Euch an, Soldaten der Bundeswehr: Erfüllt Euren Schwur und schützt das deutsche Volk und die freiheitliche Ordnung! Besetzt die Grenzstationen, vor allem die Grenzbahnhöfe, und schließt alle möglichen Übergänge vor allem von Süden. Wartet nicht auf Befehle von oben! Diskutiert die Lage mit Euren Kameraden und werdet selbst aktiv! Nur Ihr habt jetzt noch die Machtmittel, die von der Kanzlerin befohlene Selbsterstörung zu stoppen.“¹³

Wie gut rechte Bürgerkriegsvorbereitung und die Vorstellung, diese würden in der Tradition des Widerstands gegen den Faschismus stehen, zusammengehen, zeigt auch dieser Satz aus dem Aufruf:

„Im Unterschied zur Wehrmacht im Dritten Reich seid Ihr nicht auf eine Person an der Spitze des Staates vereidigt – damals Adolf Hitler, aktuell Angela Merkel –, sondern auf das Volk insgesamt und die freiheitliche Ordnung, in der es lebt.“

Auch der AfD-Politiker Björn Höcke beschrieb das Potenzial, aus dem sich Netzwerke wie Nordkreuz rekrutieren, als „eine weitere Front aus den frustrierenden Teilen des Staats- und Sicherheitsapparates, die die Wahnsinnspolitik der Regierenden ausbaden müssen und auf das Remonstrationsrecht zurückgreifen

Flügeltreffen, <https://exif-recherche.org/?p=6580>, zuletzt abgerufen am 19.10.2020 sowie „Fall Franco A. – Terrorverdächtiger arbeitet für AfD-Bundestagsabgeordneten“, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/franco-a-afd-bundestag-jan-nolte> (19.10.2020)

¹² Vgl. Sebastian Wehrhahn/Martina Renner, „Schattenarmee oder Einzelfälle? – Rechte Strukturen in den Sicherheitsbehörden“, CILIP120, <https://www.cilip.de/2019/11/27/schattenarmee-oder-einzelfaelle-rechte-strukturen-in-den-sicherheitsbehoerden/> (19.10.2020).

¹³ Compact 9/2015.

könnten.“¹⁴ An anderer Stelle sagte er „Wir wissen aus zuverlässigen Quellen, dass es mittlerweile etliche Beamte sind, die vor Wut kochen, weil sie sich als neutrale Staatsdiener missbraucht fühlen.“¹⁵ Damit liefern Elsässer, Höcke u.a. die ideologischen Vorlagen für die rechten Netzwerke in den Behörden.¹⁶

Zentraler Bestandteil ihres Rassismus ist die rechte Erzählung eines angeblichen Kontrollverlustes im Jahr 2015. In dieser Erzählung hat die Bundesregierung, verkörpert durch Kanzlerin Merkel, im Angesicht einer „Flüchtlingswelle“ die Grenzen geöffnet und so eine „ungehinderte Zuwanderung“ ermöglicht und dadurch die Bevölkerung einer Gefahr ausgesetzt. Dieses Bild enthält wesentliche rechte und rassistische Ideologiebestandteile: In ihm erscheint die Bundeskanzlerin als Diktatorin, in deren alleiniger Entscheidungsgewalt die Geschicke des Landes liegen. Bedeutsam ist dieser Aspekt auch deshalb, weil er das eigene Handeln in die Tradition des Widerstands gegen den Faschismus stellt und damit legitimieren soll.

Das Land wird durch eine „Welle“ bzw. einen „Massenzustrom“ bedroht, ein Symbol, das flüchtende Menschen zu einer Naturgewalt macht, derer man sich erwehren muss. Gegenüber stehen sich hier das schutzlose deutsche Volk auf der einen und die drohenden Massen im Verbund mit der Kanzlerin auf der anderen Seite. Zwar ist das in jeder Hinsicht sachlich falsch. Doch die Wirkmächtigkeit dieser Erzählung zeigt sich nicht nur in den Wahlerfolgen der AfD oder unzähligen Social-Media-Gruppen, sondern auch darin, dass selbst Talkshows und liberale Zeitungen dieses Framing in Teilen übernommen haben. Auch die Ablehnung demokratischer Prinzipien ist in dieser Erzählung enthalten. So müssten Menschen- und Bürgerrechte gegenüber den behaupteten vitalen Interessen „des deutschen Volkes“ zurücktreten, denn es ginge um nichts weniger als das Überleben. Diese dramatische Situation, in der der Untergang unmittelbar bevorstünde, rechtfertige auch den Verzicht auf rechtsstaatliche Mittel in der Durchsetzung der Interessen und erlaube, ja verlange, den Einsatz drastischer Maßnahmen, brutaler Gewalt und terroristischer Anschläge.¹⁷

Die so unter der Behauptung schicksalhafter Unausweichlichkeit versteckte Entscheidung darüber, diese Gewalt einzusetzen, zeugt von der Selbstwahrnehmung als Elite. Diese Wahrnehmung steht keineswegs in einem zufälligen Verhältnis zur beruflichen Karriere vieler der Akteure in Elite-Einheiten von Polizei und Bundeswehr. Die dort kultivierte Selbstwahrnehmung als elitäre „Jungs fürs Grobe“, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit das staatliche Gewaltmono-

¹⁴ Björn Höcke, „Nie zweimal in den selben Fluss“, 2018, S. 233.

¹⁵ Zitiert nach: „Höcke fordert Verfassungsschützer zu Solidarität gegenüber der AfD auf“, (30.01.2019), <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Bjoern-Hoecke-Verfassungsschuetzer-sollen-Dienst-verweigern> (15.10.2020).

¹⁶ Kira Ayyadi, „Elsässer, Höcke, Kubitschek, Geistige Brandstifter im Fall Franco A.“, <https://www.belltower.news/elsaesser-hoecke-kubitschek-geistige-brandstifter-im-fall-franco-a-43890/> (15.10.2020).

¹⁷ Vgl. Martina Renner/Sebastian Wehrhahn, „Die neue Rechte: Corona als Tag X“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2020.

pol praktisch vollstrecken, ist anschlussfähig für rechte Ermächtigungsphantasien im Hinblick auf einen Tag X.

Dieser Tag X ist Symbol eines Bürgerkrieges und es ist entscheidend, nicht den Verharmlosungen auf den Leim zu gehen, bei den Aktivitäten rechter Prepper-Gruppen handele es sich lediglich um vorsorgliche Maßnahmen, die der Vorbereitung und der eigenen Sicherheit dienen sollen. Tatsächlich haben wir es mit Handlungen zu tun, die einen Bürgerkrieg vorbereiten sollen und die Teil jener Pläne sind, die zum Beispiel durch einen false-flag Anschlag, der als die Tat von Dschihadisten erscheinen soll, die gesellschaftliche Ordnung destabilisieren wollen.

Dass diese Vorstellungen überhaupt wirkmächtig werden können, hat institutionelle und gesellschaftliche Voraussetzungen.

In den Sicherheitsbehörden finden sich neben dem erwähnten Elite-Dünkel auch die Bedingungen für einen verhängnisvollen rechten Korpsgeist und eine mangelhafte Verankerung demokratischer Kultur. Polizei und Bundeswehr sind mitnichten „Spiegel der Gesellschaft“. Diese Apparate sind in der Regel weißer, männlicher und politisch weiter rechts stehend als der gesellschaftliche Durchschnitt.¹⁸ Die nicht abreißende Serie von Enthüllungen über rechte Polizei-Chatgruppen, an denen oftmals auch die Vorgesetzten teilnehmen, zeigen, dass Rassismus und Rechtsextremismus Teil des Betriebsklimas sind. Dazu kommen Intransparenz und eine Abneigung gegen Kritik und Veränderung, die dafür sorgen, dass Kolleg*innen davor zurückschrecken, Missstände anzusprechen oder gar darüber zu berichten, wenn sie nicht massiven Druck und Ausgrenzung erleben wollen.

Gesellschaftlich ist diese Entwicklung als Teil einer allgemeinen Rechtsentwicklung in den vergangenen 10-20 Jahren zu bewerten. Wie der allgemeine Rechtsruck so hat auch der behördliche Rechtsruck eine Ursache in der sozialen Verunsicherung, die der neoliberale Abbau des Sozialstaates verursacht hat bzw. in dessen politischer Bearbeitung durch die verschiedenen Bundesregierungen.

Über lange Zeit konnte der Staat einige Auswirkungen des Kapitalismus für einen Teil der Bevölkerung sozial abfedern. Das führte unter anderem zu einem relativ starken Vertrauen in das Funktionieren von Staat und Politik und auf Seiten der Individuen zu einem ebenfalls relativ starken Gefühl gesellschaftlicher Einbindung und Sicherheit.¹⁹

Der neoliberale Umbau des Staates jedoch, wie er durch die Agenda 2010 massiv intensiviert wurde, hat diese sozialstaatlichen Sicherheiten kassiert und das kapitalistische Prinzip auch in jenen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt, in denen zuvor nicht der Markt das einzige und maßgebende Prinzip war: Wohnen, ÖPNV, Bildung, Gesundheit, Pflege usw.

¹⁸ Andreas Speit, „Der Spiegel hängt schief“, 29.10.2018, <https://taz.de/Kommentar-Rassismus-bei-der-Polizei/15543627/>, zuletzt abgerufen am 15.10.2020, „Wie rechts ist die Polizei? – Interview mit Rafael Behr“, 31.08.2018, <https://www.sueddeutsche.de/karriere/polizei-und-rechte-viele-polizisten-der-unteren-dienstraenge-erleben-sich-als-kleine-raedchen-im-getriebe-1.4111545> (15.10.2020).

¹⁹ Vgl. Gerd Wiegel, „Demokratieentleerung und autoritärer Kapitalismus“, Z 58 (Juni 2004), S. 41-49.

Die Menschen erfahren diese Ökonomisierung sowohl als staatlichen wie auch als individuellen Kontrollverlust über ihr Leben. Das Ergebnis ist soziale Desintegration und ein massiver Vertrauensverlust in die Politik.

Die radikale Durchsetzung des Kapitalismus gegen seine sozialstaatliche Einhegung bedeutete auch eine Durchsetzung des absoluten Konkurrenzprinzips. Das wiederum heißt, dass Menschen und gesellschaftliche Gruppen nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt und gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden. Wie leicht und wirkmächtig diese sozialen Prozesse ethnisiert werden können und schließlich als das Ergebnis kultureller, biologischer oder religiöser Eigenheiten erscheinen, zeigt Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ von 2010, das wie ein Brandbeschleuniger der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung gewirkt hat.

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang vom „autoritären Kapitalismus“, der sich durch drei miteinander zusammenhängende Faktoren auszeichnet: Ein globaler, entsicherter Kapitalismus, eine dadurch bedingte soziale Desintegration und eine damit zusammenhängende politische Demokratieentleerung.

Diese drei Faktoren haben ein Potential geschaffen, das bis zur Gründung der Alternative für Deutschland keine politische Heimat hatte und als „vagabundierender Autoritarismus“ auftrat.²⁰

Der AfD gelang es, sich als diejenige politische Kraft zu positionieren, in der und an der sich dieses gesellschaftliche Potential kristallisierte. Die Effekte dieser Kristallisation sind auch dort zu beobachten, wo die AfD als politische Kraft nicht unmittelbar agiert. Auch in Polizei und Bundeswehr konnte sich das entsprechende Potential zu Strukturen und Netzwerken verdichten.

Befördert wurde dieser Prozess durch die Politik der Inneren Sicherheit, die Verunsicherung zwar adressiert, jedoch nicht in ihrer sozialen Bedingtheit, sondern ordnungspolitisch, als Angst vor Kriminalität, Terrorismus und Zuwanderung. Im Zuge dieser Politik wurden Feindbilder der äußeren Bedrohung gezielt aufgebaut. Gleichzeitig wurden Polizei und Geheimdienste mit immer weitreichenderen Befugnissen zur Überwachung ausgestattet und die Apparate ausgebaut. Das stärkte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Sicherheitsbehörden das Gefühl von Angst und Bedrohung, das sich in Zustimmung zu rechten Aussagen ebenso niederschlägt wie in rechten und rechtsterroristischen Organisationsformen.

Maßnahmen

So vielschichtig wie das Problem und seine Ursachen sind, so unterschiedlich sind auch die Maßnahmen, die nötig sind. Es bedarf sowohl unmittelbarer als auch mittelbarer Maßnahmen.

²⁰ Vgl. „Der Begriff ‚Rechtspopulismus‘ ist viel zu verharmlosend“, Interview mit Wilhelm Heitmeyer, Deutschlandfunk Kultur vom 10.11.2018, https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologe-wilhelm-heimeyer-der-begriff-rechtspopulismus.990.de.print?dram:article_id=432919, zuletzt abgerufen am 22.10.2020.

Das vornehmliche und dringendste Ziel muss der Schutz derer sein, die durch rechten Terror und rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden bedroht sind: Migrant*innen, People of Colour, Juden und Jüd*innen, Linke. Sie sind es, die auf den Feindeslisten der Rechten stehen, für sie sind die Leichensäcke und der Löschkalk vorgesehen und ihnen gelten die Angriffe. Bislang versagt der Staat, diesen Menschen den gleichen Schutz ihres Lebens und ihrer körperlichen Unversehrtheit zukommen zu lassen wie bei weißen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft.

Die rechten Netzwerke müssen zunächst einmal als solche erkannt werden. Zwar behauptet angesichts der engen Taktung, mit der neue rechte Polizei-Chats oder illegale Waffendepots von Bundeswehrsoldaten bekannt werden, niemand mehr ernsthaft, es würde sich um Einzelfälle handeln. Jedoch fehlt gleichzeitig in den Behörden noch immer sowohl das systematische Verständnis für rechte Netzwerke als auch das Verständnis für die strukturelle Dimension und die gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Dies ist auch eine folgenschwere Auswirkung der Extremismus-Doktrin. Indem sie eine politisch unbedenkliche Mitte behauptet, die von den Rändern bzw. durch „Extremisten“ bedroht wird, geraten die spezifischen ideologischen Momente rechter Netzwerke – Rassismus, Antisemitismus, Antikommunismus im weitesten Sinne – aus dem Blick. Was bleibt, ist eine unspezifische, unpolitische und tendenziell technische Beschreibung, die kaum in der Lage ist, ihren Gegenstand zu begreifen. In Folge dessen bleiben auch der gesellschaftliche Hintergrund und entsprechende Ursachen rechter Ideologie und Praxis unerkannt.

Auch die einzelnen Verfahren werden noch immer nicht zueinander in Beziehung gesetzt. Im Nordkreuz/Franco-Albrecht-Komplex werden weder die beiden bei der Bundesanwaltschaft geführten Verfahren, eines gegen Albrecht und eines gegen zwei der Nordkreuz-Mitglieder, zusammengeführt, noch werden diese im Zusammenhang mit den diversen anderen Verfahren geführt, die diesen Komplex berühren und die bei verschiedenen Staatsanwaltschaften in unterschiedlichen Ländern liegen. Es gibt kein Verfahren, das die Bildung einer terroristischen Vereinigung zum Gegenstand hat und keines, das die Struktur, die die einzelnen Verfahren miteinander verbindet, erhellen könnte. Diese Art der Bearbeitung durch Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften ist leider typisch. Weil sie die Struktur nicht erkennt, entgehen ihr wesentliche Aspekte und die Netzwerke bleiben unerkannt und gefährlich.

Werden Fälle bekannt, müssen unbedingt drastische und zeitnahe Maßnahmen erfolgen. Polizisten und Soldaten, die Teil extrem rechter Vernetzungen sind, müssen entlassen werden. Ebenso Vorgesetzte, die es versäumt haben, eine Kultur zu erkennen und zu konfrontieren, die solche Vernetzungen ermöglicht. Auch Beamte, die von solchen Chatgruppen Kenntnis hatten ohne diese zu melden, sollten mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen müssen. Von Leuten, die einen Eid auf diesen Staat und seine Verfassung schwören ist zu erwarten, dass sie rassistische Hetze von Kolleg*innen melden. Im Gegenzug müssen jene Soldaten und Beamte, die Missstände angezeigt haben, institutionell und politisch anerkannt werden. Sie dürfen nicht länger als Nestbeschmutzer gegängelt werden.

Einheiten wie das KSK müssen aufgelöst werden. Durch den über Jahrzehnte kultivierten Elitedünkel und die fest verankerte Abneigung gegen Demokratisierung und Transparenz sind solche Einheiten zu antidemokratischen Glutnestern geworden, denen anders nicht beizukommen ist.

Es braucht außerdem unabhängige Beschwerde- und Dokumentationsstellen bei Polizei und Bundeswehr, die mit Ermittlungskompetenzen ausgestattet sind. Die Mitarbeiter*innen dieser Stellen dürften nicht aus den Apparaten selbst kommen und wären auch Ansprechpartner*innen für demokratische Soldat*innen bzw. Polizist*innen, die auf Missstände hinweisen wollen.

Auch wissenschaftliche Untersuchungen können einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der Apparate beitragen. Voraussetzung dafür ist, dass sie von externen Wissenschaftler*innen mit Methoden von quantitativer wie qualitativer Sozialforschung durchgeführt werden und dass sie nicht nur die Verbreitung rechter Einstellungen zum Gegenstand haben, sondern auch strukturellen Rassismus und rassistische Praktiken.

Dass so viele Fälle in der aktuellen Situation öffentlich werden ist gut. Es zeugt von journalistischem und gesellschaftlichem Interesse am Thema. Eindeutig ist aber auch: Die bisher bekannt gewordenen Fälle sind nicht das Ergebnis von Aufklärungsbemühungen des Innenministeriums oder des Verteidigungsministeriums. Das im Oktober vorgestellte Lagebild zu Rechtsextremismus in den Behörden, das der Inlandsgeheimdienst im Auftrag des Innenministers angefertigt hat, beruht beispielsweise ausschließlich auf freiwilligen Angaben der Behörden und enthält kaum Informationen oder Fälle, die nicht bereits öffentlich gemacht wurden – wohlgermerkt von Presse oder Untersuchungsausschüssen.²¹

Damit die Behörden tatsächlich Strukturen aufklären und Maßnahmen ergreifen, ist Druck von außen auf die politisch Verantwortlichen nötig. Für diesen Druck brauchen wir parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, antifaschistische Recherche und investigativen Journalismus.

²¹ Vgl. „Amt zählt 350 rechtsextreme Verdachtsfälle in Sicherheitsbehörden“, 27.09.2020, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/verfassungsschutz-rechtsextremismus-verdachtsfaelle-polizei-mad-sicherheitsbehoerden> (15.10.2020).